

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of Hungary.

Auf getrennten Wegen – die MSZP nach der Spaltung

ANDRAS BIRO NAGY
November 2011

- Das Ringen um die Macht in der MSZP zwischen dem Parteivorsitzenden Attila Mesterházy und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány endete mit dem Austritt von Gyurcsány, der unmittelbare politische Folgen für die Linke in Ungarn hat.
- Um sich als Volkspartei behaupten zu können, muss die MSZP ihre Stammwähler zurückgewinnen. Dies kann ihr gelingen, wenn sie sich von ihrem in der Gyurcsány-Ära entstandenen Image einer Partei der Elite befreit und stattdessen eine linke, sozial ausgerichtete Wirtschaftspolitik vertritt.
- Die neue Partei von Gyurcsány muss sich zunächst personell und programmatisch aufbauen. Eine Fortführung des Kampfes mit dem jetzigen Ministerpräsidenten Orbán wird nicht ausreichen, um das verlorene Vertrauen der Wähler wiederherzustellen.
- Sowohl Gyurcsány als auch Mesterházy sind sich der Tatsache bewusst, dass ein breites Oppositionsbündnis notwendig ist, um die Regierung Orbán 2014 abwählen zu können. Daher gilt es, Möglichkeiten der Kooperation offenzuhalten.

In der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) war im Herbst 2011 eine Situation entstanden, in der es zunehmend unwahrscheinlich schien, dass die derzeitige Parteiführung mit Attila Mesterházy an der Spitze und der ehemalige Ministerpräsident und Ex-Parteivorsitzende Ferenc Gyurcsány auch weiterhin in einer Partei ihre politischen Ambitionen verfolgen würden. Das seit Langem anhaltende Ringen um die Macht zwischen Mesterházy, der in den parteiinternen Auseinandersetzungen sechs der sieben Plattformen hinter sich weiß, und Gyurcsány, der seine eigene Plattform »Demokratische Koalition« anführt, spitzte sich zu, als die Gruppe um den Ex-Ministerpräsidenten den Austausch fast der gesamten Parlamentsfraktion gegen neue Politiker anregte. Angesichts dessen war der Austritt der Demokratischen Koalition nur noch eine Frage von Wochen. Am 22. Oktober 2011 gab Gyurcsány dann seinen Austritt aus der MSZP, die Bildung einer eigenen Fraktion im ungarischen Parlament sowie die Gründung einer neuen Partei bekannt. Trotz des Austritts von Gyurcsány und seinen Gefolgsleuten bleibt die Ungarische Sozialistische Partei die größte oppositionelle Fraktion im ungarischen Parlament und der Ex-Ministerpräsident kann nach der erlittenen Niederlage im parteiinternen Machtkampf nun mit dem Aufbau seiner neuen Partei beginnen. Die jüngsten Ereignisse haben zu einer neuen politischen Situation unter den Linken geführt und werfen die Frage auf, welche Wege die beiden Seiten nach der Trennung einschlagen könnten.

1. Unmittelbare politische Folgen

Nicht nur der angespannte Konflikt zwischen den beiden parteiinternen Richtungen fügte der MSZP Schaden zu. Angesichts der Umfrageergebnisse vom Herbst 2011 scheint es möglich zu sein, dass sich die Parteigründung durch Gyurcsány und die Seinen als schwerwiegender strategischer Nachteil für die Linke insgesamt erweist. Nach Angaben von zwei maßgebenden Meinungsforschungsinstituten (Medián, Tárki) liegen MSZP und die rechtsradikale Partei Jobbik in der Wählergunst fast gleichauf. Im Oktober 2011 führten die Sozialisten bei den Wählern, die sicher zur Wahlurne gehen würden, knapp vor der Jobbik. Das bedeutet zugleich, dass die Sozialisten nach dem Ausscheiden von Ferenc Gyurcsány jetzt selbst um ihren bisher konstanten zweiten Platz fürchten müssen – unabhängig davon, wie viele Stim-

menprozente der ehemalige Ministerpräsident aus dem verbliebenen Lager der MSZP-Anhänger mitnehmen kann – und an ihre Stelle noch dazu eine rechtsextreme Partei träte.

Das Ausscheiden von Ferenc Gyurcsány und seiner Gruppe aus der MSZP bedeutet jedoch nicht, dass nun das »polnische Modell« in Ungarn Einzug hält, d.h. eine politische Konstellation entsteht, bei der die größte politische Herausforderung für die Mitte-Rechts-Regierung nicht mehr von links, sondern von rechtsaußen droht. Zu der Situation in Polen besteht ein wichtiger Unterschied: Eine linke Wahlkoalition würde in Ungarn immer noch größere Befürwortung finden als die rechtsradikale Alternative. Wenn die MSZP nach den parteiinternen Kämpfen mit einer einheitlichen, ausschließlich linken und auf demokratische Werte gestützten Kritik an der Regierung als Alternative in Form einer neuen linken Volkspartei über eine längere Zeit in der Öffentlichkeit auftreten kann, besteht auch die Chance, dass der durch Gyurcsánys Ausscheiden bedingte Rückfall nur eine kurze Episode in der Geschichte der Partei wird und sie mit neuem Schwung in der Wählergunst die Werte vom Sommer/Herbst 2011 gar übertrifft.

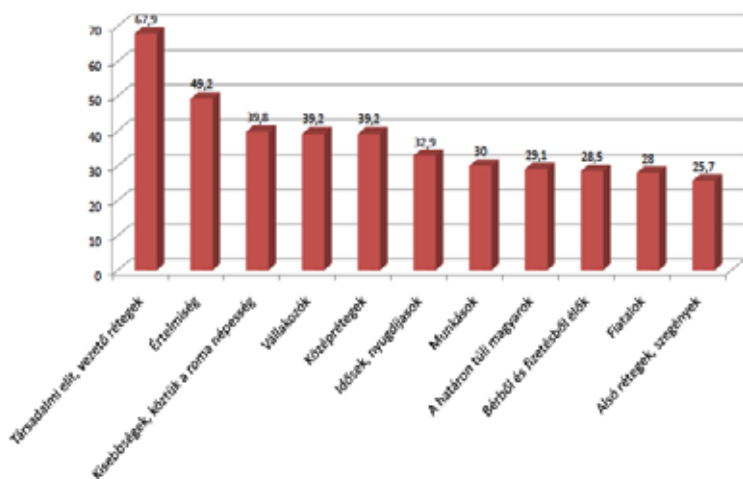
2. Die MSZP nach der Trennung – Möglichkeiten für eine linke Volkspartei

Um bei den Wahlen 2014 erfolgreich abzuschneiden, muss die MSZP möglichst viele von den Wählern zurückgewinnen, die die Partei 2006 und davor unterstützt, sich dann aber in den Jahren bis 2010 von ihr abgewendet haben. Die MSZP unter Führung von Attila Mesterházy kann also nicht die Strategie verfolgen, die Zeit vor 2010 zu verteidigen und so den Eindruck zu erwecken, den früheren Status quo wiederherstellen zu wollen. Schließlich haben nur sehr wenige Wähler in Ungarn ein Interesse daran.

2.1 Erster Schritt: die Wiedergewinnung der Stammwähler

In der Gyurcsány-Ära erlitt die MSZP nicht an ihrer städtischen (hauptsächlich Budapester) Intellektuellen-Basis die schwersten Einbußen, sondern bei den weniger gebildeten Wählern mit geringeren Einkommen, die größ-

tenteils in den früher stärksten regionalen Verwaltungseinheiten der Partei in Nordostungarn leben. 2009 war sie in den Augen der überwiegenden Wählermehrheit zu einer Partei der gesellschaftlichen Elite und der Intellektuellen geworden (Abb. 1). Bei den wesentlichen Unterscheidungsmerkmalen brachten die Bürger gerade die typisch linken Eigenschaften wie Interessenvertretung der Lohn- und Gehaltsempfänger oder Engagement für die Armen mit nur 19 Prozent am wenigsten mit der MSZP in Verbindung. Besonders erstaunlich ist diese Zahl, weil die Sozialisten 2006 in der Gunst dieser Bevölkerungsgruppe noch bei 50 Prozent lagen. Da gerade diese soziale Schicht von den Sparmaßnahmen, Steuergesetzen und Arbeitsrechtsregelungen der derzeitigen Regierungspartei Fidesz besonders betroffen ist, könnte die MSZP hier unter ihren ehemaligen Wählern mit stark sozial geprägten Aussagen aktiv werden.



(Gesellschaftliche Elite, Führungsschichten – Intellektuelle – Unternehmer – Mittelschicht – Senioren, Rentner – Arbeiter – Auslandsungarn – Lohn- und Gehaltsempfänger – Junge Menschen – Unterschicht, Arme)

Abb. 1 Wen vertritt die MSZP nach Meinung der Wähler? (2009)

Quelle: Ungarisches Wahlforschungsprogramm

2.2 Wettlauf der Opposition: Wer ist wirklich links?

Somit könnte die Strategie einer linken Volkspartei des Parteivorsitzenden Attila Mesterházy darauf abzielen, sich vom Image einer Partei der Elite zu befreien und

die traditionelle Wählerbasis zu stärken. Ein Themenfeld wäre die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Fidesz, der in den vergangenen eineinhalb Jahren das Bündnis von Mittelschicht und unteren sozialen Schichten hinter der so genannten »Neuen Mehrheit« im Namen der Erschaffung einer »starken nationalen Mittelschicht« aufkündigte. Die Steuerpolitik der Fidesz-Regierung begünstigt die Besserverdienenden. Für diejenigen mit geringerem Einkommen bedeutet sie Nettoverdiensteinbußen, sofern der jeweilige Arbeitgeber den Verdienstaufschlag nicht kompensiert. Auch Maßnahmen wie die Verkürzung des Zeitraums für die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung, die Überprüfung der Invalidenrentner, die Abschaffung des Vorruhestands oder die geplanten Arbeitsgesetzregelungen treffen nicht die Besserverdienenden.

Die MSZP kann versuchen, diese unter Fidesz entstandene Lücke durch eine linke Wirtschaftspolitik zu füllen, indem sie sich mit einer sozial ausgerichteten Politik und auf der Basis von Werten wie Solidarität und Gerechtigkeit für den Schutz der Arbeitnehmerrechte sowie eine möglichst effiziente Kanalisierung der wachsenden sozialen Unzufriedenheit einsetzt. Erschweren könnte die Strategie der Umstand, dass die Jobbik mit einer inhaltlich ähnlichen, doch viel simpleren, populistischen Rhetorik auf die gleiche Wählerschaft abzielt. Mit ihrem alternativen Haushaltsentwurf unter dem Titel »Arbeit, Luft!« hat auch die grüne LMP eindeutig zu verstehen gegeben, dass sie von der Regierung enttäuschte Wähler mit einer linken Politik für sich gewinnen will.

Attila Mesterházy scheint jedenfalls entschlossen zu sein, die Partei mittels linker Kritik an der Regierung wieder auf die Seite des politischen Spektrums zu lenken, auf der, was die grundlegenden Werte und Überzeugungen anbelangt, auch die Mehrheit der ungarischen Wähler steht: die wirtschaftliche Linke. Eindeutiges Ziel des sozialistischen Parteivorsitzenden ist es, Fidesz als Partei der Elite und Wohlhabenden erscheinen zu lassen. Das zeigt auch der Slogan, der in den letzten Monaten von ihm so häufig benutzt wurde: »Der Fidesz nimmt dem Land das Geld und gibt es den Reichen.« Bleibt die starke Abneigung gegenüber den Sozialisten auch weiterhin bestehen, gibt es keine Garantie dafür, dass ihre einstigen und die vielen unentschlossenen Wähler in kurzer Zeit wieder in der MSZP den glaubhaftesten Repräsentanten von Gerechtigkeit und sozialen Fragen sehen. Allerdings



bestehen mit dieser politischen Strategie wahrscheinlich größere Chancen als mit einer Politik à la Gyurcsány, die zum massenhaften Stimmenverlust beigetragen hat.

2.3 Strategie der Wendepartei

Fraglich ist, wer als Sieger aus dem linken Wettlauf der Oppositionsparteien hervorgeht. Davon unabhängig hat Attila Mesterházy das Ziel verkündet, der MSZP bis 2014 das Image einer Partei der Wende zu geben. Dafür hat er auch gleich eine Strategie für mehrere Jahre vorgelegt. Danach war 2010 das Jahr der Stabilisierung, 2011 ist das Jahr des Aufbaus und der Regelung parteiinterner Fragen, 2012 steht die Ausarbeitung eines Programms im Mittelpunkt und 2013 soll das Bündnis geschlossen werden, mit dem die Orbán-Regierung 2014 abgelöst werden kann. Dieser Zeitplan zeigt, dass Mesterházy für den Sieg auf ein breites Wahlbündnis setzt, bei dem die MSZP die entscheidende Kraft wäre.

»Wendepartei 2014« ist somit keine Strategie, um allein Fidesz zu besiegen, sondern ein Plan, um von Fidesz die führende Rolle zu erkämpfen. In diesem Rahmen misst Mesterházy nicht nur der Rückgewinnung des linken Charakters, sondern auch den vielen Schritten, die hinsichtlich einer organisatorischen Erneuerung seit Langem auf der Tagesordnung stehen, eine Schlüsselbedeutung bei. Unter anderem wollen die Sozialisten die internen Unvereinbarkeitsregeln verschärfen, die Finanzierung transparent gestalten und auch ein parteiinternes System zur Leistungsbewertung einführen.

3. Demokratische Koalition – Gyurcsánys wahre Anziehungskraft wird sich zeigen

Das Ausscheiden des Gyurcsány-Flügels hat für beide Seiten auf jeden Fall eine positive Konsequenz: Keine Seite kann der anderen wegen deren lähmender Haltung die Schuld für den mangelnden Erfolg der eigenen politischen Richtung geben. So wird sich endlich zeigen, wie es um Ferenc Gyurcsánys strategische Überlegung bestellt ist, nach der er fähig sei, »links und rechts vom Zentrum« eine Partei aufzubauen, die nicht nur für linke Sympathisanten, sondern auch für liberale und gemäßigt konservative Wähler attraktiv wäre. In einigen Mo-

naten wird sich zeigen, ob es funktioniert, wenn der Ex-Ministerpräsident gleichzeitig die Rolle des ärgsten und unerbittlichsten Feindes des »Orbán-Systems« spielen und die Massen ungarischer Wähler ansprechen will, die in der Mitte stehen, zwischen den Parteien pendeln und unsicher sind.

Neben Machtaspekten war dies die wichtigste strategische Frage im Kampf zwischen Mesterházy und Gyurcsány. Der jetzige Parteivorsitzende stellt sich die MSZP als eine starke, links positionierte Volkspartei vor, die neben sich auch Raum für grüne und eventuell entstehende liberale Parteien lässt, und später bei den Wahlen eine breite Koalition aus eigenständigen Parteien anführen würde. Im Gegensatz dazu wollte Gyurcsány die MSZP zu einer Dachpartei umbauen, die ihre Tore auch für liberale und gemäßigt konservative Sympathisanten, die den Fidesz ablehnen, geöffnet hätte. Dieses strategische Ziel wird er wohl auch mit seiner neuen Partei, der »Demokratischen Koalition«, zu verwirklichen versuchen.

3.1 Integrieren ja, aber wen?

Größtes Hindernis für Gyurcsánys Strategie könnte jedoch gerade seine eigene Person sein, werden doch die Erfolgsaussichten dadurch geschmälert, dass diejenigen, die er in einer Partei integrieren möchte, nichts von einer Zusammenarbeit hören wollen. Hierbei geht es nicht nur um die Befürworter anderer Strömungen in der sozialistischen Partei, sondern auch um die LMP, die ihre Identität in den Anfangszeiten größtenteils auf einen Anti-Gyurcsányismus aufbaute, sowie um all jene gesellschaftlichen Kräfte, die in den letzten eineinhalb Jahren die größten Demonstrationen auf der Straße organisiert haben. Eine Demonstration zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen die Regierung, auf der Gyurcsány verspottet wurde, zeigt, dass die Ablehnung des ehemaligen Ministerpräsidenten nicht geringer wird und er auch weiterhin einer der unpopulärsten Politiker Ungarns ist.

Es bestehen also nur geringe Chancen, dass sich die eher linksorientierten Akteure der derzeitigen politischen Landschaft in Ungarn (MSZP, LMP, zivilgesellschaftliche Organisationen) in naher Zukunft mit der neuen Gyurcsány-Partei zusammenschließen werden. Bleiben nur noch die Reste nicht mehr existierender liberaler und konservativer Parteien, die Gyurcsány in seine Partei integrieren

könnte. Nicht zufällig trifft man im engeren Kreis der Demokratischen Koalition auch auf ehemalige SZDSZ- und MDF-Politiker, ja mehr noch: Sie gehören nicht selten zu Gyurcsánys entschlossensten Anhängern.

3.2 Parteaufbau aus dem Nichts

Die neue Partei des früheren Ministerpräsidenten muss fast aus dem Nichts aufgebaut werden, was im politischen System Ungarns ein großes Hindernis darstellt. Auf die Infrastruktur der MSZP kann sie nach der Abspaltung nicht zählen, worüber sich auch Gyurcsány im Klaren ist, hat er doch erklärt, dass er keinen Anspruch auf MSZP-Vermögen erhebt. Um aber wettbewerbsfähig auftreten zu können, braucht man im ganzen Land ein Organisationsnetzwerk, für dessen Errichtung bis zum Beginn des nächsten Parlamentswahlkampfes nur knapp zwei Jahre bleiben. Es reicht nicht, dass das zusammengeschrumpfte Gyurcsány-Lager entschlossen und lautstark ist und jedes Wort des Ex-Ministerpräsidenten in sich aufsaugt. Nötig ist eine flächendeckende Organisation, um die Hürden für die Zulassung zum Wahlkampf und den Einzug ins Parlament laut der neuen Wahlordnung erfolgreich nehmen zu können. Es bleibt abzuwarten, mit wessen Unterstützung Gyurcsány seine eigenständige Arbeit beginnen kann. Auf alle Fälle muss er sich schnell etwas einfallen lassen, wenn er plötzlich ohne Büroräume und staatliche Finanzierung dasteht und zudem auf die Unterstützung der MSZP-nahen Táncsics-Stiftung verzichten muss.

Ohne landesweite Verankerung kann Gyurcsány anfangs nur auf seine bis heute sehr ausgeprägten medialen Fähigkeiten vertrauen. Jede seiner Bewegungen besitzt Nachrichtenwert. Die Presse berichtet mit Interesse genauso gern vom Besuch eines Bürgerforums irgendwo in der Provinz wie von seinen Notizen auf Facebook. Der frühere Ministerpräsident ist immer noch ein guter Redner und genießt es sichtbar, wenn er in die Ecke gedrängt mit aller Kraft über Viktor Orbán herfallen kann. Eindeutig konzentriert sich Gyurcsány auf die Fortführung seines Kampfes mit dem jetzigen Ministerpräsidenten. Auch das gerade gegen ihn eingeleitete Gerichtsverfahren wegen Amtsmissbrauchs (Sukoró-Prozess) versteht er als Möglichkeit, erbarmungslos gegen das »Orbán-System« zu kämpfen. Wie der jetzige Ministerpräsident benutzt auch der ehemalige Ministerpräsident ständig eine kriegerische Rhetorik. Gyurcsány vertraut

auf die Kraft seiner Reden und darauf, dass die Öffentlichkeit des Sukoró-Prozesses ihn wieder aus seiner politischen Quarantäne herausholt. Vorerst gibt es allerdings keine Anzeichen dafür, dass die Reichweite seiner Reden zunimmt und er mit ihnen außer seinem engsten Kreis auch andere anspricht.


3.3 Wollen die Wähler den Kampf zwischen Gyurcsány und Orbán überhaupt noch?

Ferenc Gyurcsány bietet keine andere Welt als die, von der er noch als Ministerpräsident gesprochen hat. Er möchte eine bürgerliche Demokratie westlicher Art, gepaart mit sozialer Marktwirtschaft. 2006 erwies sich diese Vision, kombiniert mit dem Versprechen EU-finanzierter Entwicklungsvorhaben und seinem persönlichen Auftreten, noch als ausreichend, um die Wahlen zu gewinnen. Nun könnte es ein Problem sein, dass die Amtszeit der zweiten Gyurcsány-Regierung (2006 bis 2009 – Red.) in den Köpfen der meisten Wähler als leistungsschwache Ära verankert ist, in der dem Regierungschef nur wenig gelang und seine Reformen scheiterten. Für eine weitere von Gyurcsány gesteuerte »Erneuerung« sind nur wenige Bürger oder Parteimitglieder zu gewinnen.

Nicht nur seine Unbeliebtheit, sondern auch seine derzeitigen politischen Positionen stehen einem Erfolg im Wege. Im Namen der »1989er-Demokraten« betrachtet Gyurcsány die Wiederherstellung des Zustands, wie er vor der zweiten Orbán-Regierung (bis 1998 – Red.) herrschte, als sein Hauptziel. Fraglich ist nur, ob die Wähler in ein paar Jahren wieder für die Restauration einer Ära stimmen wollen, die sie mit großer Mehrheit bereits einmal abgelehnt haben, oder ob sie eher ein neues, attraktiveres Zukunftsbild für unterstützenswert halten, das die vergangenen zwanzig und die vier Jahre der zweiten Orbán-Regierung hinter sich lässt und noch dazu vielleicht von anderen Gesichtern repräsentiert wird.

4. Aussichten für 2014 – allein wird es doch nicht gehen

Nach dem Ausscheiden des Gyurcsány-Flügels haben in einer Frage beide, Attila Mesterházy und Ferenc Gyurcsány, recht. Mesterházy schätzt die Situation richtig ein, wenn er in seinen Plänen bis 2013 ein Bündnis als



wichtigstes Ziel bezeichnet. Und auch Gyurcsány kalkuliert richtig, wenn er sagt, dass die Opposition 2014 in den individuellen Wahlbezirken eine Siegchance besitzt, sofern insgesamt nur ein gemeinsamer Kandidat gegen den Fidesz antritt. Hieran lässt sich deutlich erkennen, dass sich beide Seiten darüber im Klaren sind, dass sie selbst in der neuen Situation die Konsolidierung ihrer Beziehungen anstreben und Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit offenhalten müssen.

Es ist denkbar, dass 2014 eine Konstellation entsteht, bei der nur MSZP, LMP und Gyurcsánys Partei gemeinsam die konservative Regierung ablösen können. Die Kontrahenten, die in der letzten Zeit harte Kämpfe miteinander ausgetragen haben, sollten daher bemüht sein, ihr Verhältnis zueinander zu verbessern. Grundvoraussetzung für ein erneutes Erstarren der linken Parteien ist, dass sie sachliche Kritik an der Regierung üben und Alternativen für die Bevölkerung aufzeigen, statt sich gegenseitig mit internen Auseinandersetzungen zu schaden.



Über den Autor

Andras Biro Nagy ist Politologe und Direktor des ungarischen Think Tanks Policy Solutions, Budapest

Übersetzung aus dem ungarischen Original: Peter Schmidt

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-945-0